



HESSISCHER LANDTAG

29.11.2012

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2013/2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 18/6515 zu Drucksache 18/5926

Inhalt des Antrags: **Zusätzliche Personalstellen**

Einzelplan **09** Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 09 13 Landräte und Oberbürgermeister (Bereich "Amt für den ländlichen Raum" und Bereich "Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz")

Buchungskreis: 2806

Produktnummer lt. Leistungsplan 2

Bezeichnung lt. Leistungsplan Aufgaben der Landräte und Oberbürgermeister (Bereich "Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz")

Veränderung

von um auf

Leistungsplan 2013:

	Beträge in 1.000 EUR		
	von	um	auf
Gesamtkosten	19.719,0	+7.500,0	27.219,0
Eigene Erlöse		+7.500,0	7.500,0
Produktabgeltung	19.719,0		19.719,0

Leistungsplan 2014:

	Beträge in 1.000 EUR		
	von	um	auf
Gesamtkosten	19.719,0	+7.500,0	27.219,0
Eigene Erlöse		+7.500,0	7.500,0
Produktabgeltung	19.719,0		19.719,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Zuweisung von 4.500.000 EUR an die Landkreise zur Schaffung 3 zusätzlicher Personalstellen pro Kreis für die Lebensmittelüberwachung sowie von 3.000.000 EUR für je 2 neue Stellen zur Überwachung der Massentier- und der Labortierhaltung. Die Finanzierung ist kostenneutral, die Kommunen erheben für die erbrachten Leistungen kostendeckende Gebühren.

Wiesbaden, 29.11.2012

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende
Thorsten Schäfer-Gümbel